

# Energiebrief 01/2019

Der Informationsdienst für energiepolitische Entscheider

## 2 SCHWERPUNKT

### **Stresstest für die Versorgung: Winter wie nie**

Der Jahrhundertwinter 2018/19 forderte die E-Wirtschaft. Und auch wenn die Krisensituation sehr gut bewältigt wurde: Klar wurde weiters, dass es massive Investitionen in den Netzausbau und auch eine Neuordnung der Ausfallssysteme braucht.

## 4 ENERGIESTANDORT

### **Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG): Das Jahr der Entscheidung**

Spätestens nach dem politischen Streit um die Biomasse ist klar, dass 2019 zu einem energiepolitisch entscheidenden Jahr wird. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht das Erneuerbaren Ausbau Gesetz als Grundlage für die Energiewende.

### **Massiv: Die Zahlen hinter der #mission2030**

Das Ziel der Regierungsstrategie #mission2030 ist zwar klar, was das an konkreten Ausbau-, Investitions- und Fördermaßnahmen bedeutet, aber schon weniger. Eine Studie der TU Wien schafft jetzt Klarheit.

### **Der etwas andere KV: Das Lebenszeichen der Sozialpartner**

Während es in anderen Branchen zu teils heftigen Auseinandersetzungen rund um den Kollektivvertrag (KV) kommt, versucht die E-Wirtschaft andere Wege zu gehen. Was der neue KV für die Energiezukunft bringt.

## 7 TERMINE

### **Aktuell: Trendforum Speicher.Flexibilität.Versorgungssicherheit**

Die Diskussion um die Energiewende fokussiert oft ausschließlich auf den Ausbau der erneuerbaren Quellen. Die Bedeutung der Speicher und der Flexibilität im Energiesystem steht im Zentrum des ersten Trendforums 2019.

### **Trendforum: EU-Wahl 2019**

Im Rahmen des Trendforums diskutieren Spitzenvertreter der zur EU-Wahl antretenden Parteien Positionen zur Energiepolitik in Europa.

### **Seminar: Österreichs E-Wirtschaft kompakt**

Lernen Sie in diesem Seminar alle relevanten wirtschaftlichen und technischen Zusammenhänge in der E-Wirtschaft kennen.

## 8 ÜBER UNS/IMPRESSUM

## Stresstest für die Versorgung: Winter wie nie

Mediale Superlative sind meist zu hinterfragen. Diesmal allerdings waren die Schlagzeilen vom „Jahrhundertwinter“ nicht verfehlt. Der Winter 2018/19 wird tatsächlich als einer der bisher schneereichsten in die Geschichte eingehen. Straßen waren unpassierbar, die Lawinengefahr war hoch wie selten, ganze Gemeinden waren von der Außenwelt abgeschnitten.

### GELUNGENES KRISENMANAGEMENT

In dieser Krisensituation blieb natürlich auch die zentrale Strom-Infrastruktur des Landes nicht unbehelligt: Über eine Woche intensivste Schneefälle bedingten, dass mehr als 50.000 Stromkunden in diesen Tagen von Stromausfällen betroffen waren, einige tausend sogar für mehrere Tage. Auslöser waren meist Bäume, die unter der Schneelast umstürzten und Leitungen beschädigten. Auswirkungen hatte das meist im Nieder- und Mittelspannungsbereich. Auf den Netzebenen 1 und 2 sind solche Vorfälle aufgrund deutlich breiterer Trassen unwahrscheinlicher. Dennoch wurde im Zuge eines Lawinenabgangs auch ein Mast einer 220-kV-Leitung zwischen Kaprun und Salzburg beschädigt – die Versorgung war aber nicht gefährdet.

Die Lehren aus diesem „Winter wie nie“ sind unterschiedliche: Einmal bestanden die bestehenden Krisenpläne den wetterbedingten Stresstest bravourös. Das Krisenmanagement funktionierte nicht nur, aber gerade auch in der E-Wirtschaft. Die zahlreich im Einsatz befindlichen Störungsdienste und Montagetrupps der E-Wirtschaft leisteten über Tage hinweg teilweise Übermenschliches, um die Versorgung der betroffenen Kundinnen und Kunden so rasch wie möglich wieder herzustellen.

Die Netz Niederösterreich GmbH hatte 200 Monteure im Einsatz, insgesamt fielen während des Ausnahmezustandes über 10.000 Einsatzstunden an. Die Salzburg AG setzte ebenfalls über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und mehr als 20 große Stromaggregate ein. Insgesamt waren rund 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der E-Wirtschaft im Krisen-Dauereinsatz. Aus weniger betroffenen Bundesländern, etwa Kärnten, brachen Kolleginnen und Kollegen auf, um in stärker in Mitleidenschaft gezogenen Gebieten auszuhelfen. Die in der E-Wirtschaft etablierte Notfallkette funktionierte also dank der über das Normalmaß hinaus motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter klaglos.

### DIE LEHREN AUS DER KRISE

Der Stresstest für die Versorgungssicherheit offenbarte aber auch, wo künftig Handlungsbedarf besteht. Denn auch wenn die Situation gesamthaft nie entglitt, wurde doch klar, dass es massive Investitionen in den Netzausbau und die Modernisierung der bestehenden Netzinfrastruktur im Land braucht. Das ist nicht nur für den Ausbau von Strom aus erneuerbaren Energiequellen (siehe Stories S. 4 und 5), sondern auch für die Gewährleistung der international extrem hohen Versorgungssicherheit von 99,9 Prozent dringend notwendig. Investitionen braucht es sowohl im Verteilnetz als auch im Übertragungsnetz, etwa was die längst überfällige Schließung des Hochspannungsringes (Stichwort: Salzburg-Leitung) in Österreich angeht. Berechnungen gehen davon aus, dass bis 2030 rund zwanzig Milliarden Euro an Investitionen in diesem Bereich notwendig sind. Aus ökonomischen Berechnungen weiß man zudem, dass jede in der E-Wirtschaft investierte Euro-Million sieben Vollzeit-Arbeitsplätze sichert (Quelle:

### Unermüdlicher Einsatz

Die Notfallkette der E-Wirtschaft funktionierte klaglos.



Fotos: Salzburg AG, Energie AG

ECONOMICA GmbH). Die rechtlichen Grundlagen für eine raschere Umsetzung von Projekten und Investitionen wurden durch das Standortentwicklungsgesetz 2018 immerhin schon einmal verbessert.

Risikiert man ein löchriges und angreifbares Netz, riskiert man auch Blackouts. Und mit diesen ist nicht zu spaßen: Eine Untersuchung im Rahmen des Förderprogramms für die Sicherheitsforschung (KIRAS) ergab, dass ein zehnstündiger Stromausfall in Österreich wirtschaftliche Schäden von mehr als einer halben Milliarde Euro (genau: 536 Millionen) verursachen würde. Derzeit sichert die hohe Versorgungssicherheit auch den heimischen Standort ab. In anderen Regionen der Welt ist das deutlich anders. Etwa in den USA: Dort kosten vergleichsweise häufige Blackouts die US-Wirtschaft jährlich deutlich mehr als 100 Milliarden Dollar.

## RÜSTEN FÜR DIE ZUKUNFT

Der Winter 2018/19 zeigte so indirekt auch, dass die bestehenden Ausfallssysteme in Österreich zu durchleuchten sind. Im Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (ELWOG) bestehen hier Lücken, was den Wiederaufbau der Stromversorgung nach einem Blackout angeht. Das derzeit geltende Regime stellt darauf ab, dass die Austrian Power Grid (APG) die Versorgung über zwei „schwarzstartfähige“ Kraftwerke – die Speicherkraftwerke Kaprun und Malta – Schritt für Schritt wieder hochfährt.

Das allerdings ist ein Plan, der auf zu wenigen Versorgungspfeilern ruht. Im Ernstfall könnte es mit der Wiederherstellung der Versorgung viel zu langsam gehen. Sinnvoller wäre ein überarbeitetes und regionalisiertes

Netz-wiederaufbaukonzept. Schafft man zumindest fünf weitere, regionale schwarzstartfähige Netzeinseln, steigt die Chance auf ein möglichst rasches Hochfahren des Systems deutlich. Eine solche Verbreiterung der Notfallbasis wäre auch eine sinnvolle Abkehr von einem reinen „Top-down“- zu einem resilienteren „Bottom-up“-Ansatz.

Die Ressourcen und Anlagen für eine solche Überholung der geltenden Regeln wären jedenfalls vorhanden. Und: Die Neuausrichtung auf die sicherere Notfallvariante würde nicht einmal einen zweistelligen Euro-Millionenbetrag kosten.

**900**

Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der E-Wirtschaft im Kriseneinsatz während der kritischen Wintertage

**536**

Österreichweite Kosten für die Wirtschaft bei einem zehnstündigen Blackout in Millionen Euro

## UNSERE POSITION

- Dringend notwendige Investitionen in den Netzausbau und die Modernisierung bestehender Netze vornehmen
- Überarbeitung und Verbreiterung des aktuellen Netz-wiederaufbaukonzeptes
- Schaffung von regionalen Inseln zum besseren Schutz vor Blackouts

## Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG): Das Jahr der Entscheidung

Der Auftakt ins energiepolitische Jahr 2019 war nicht gerade vielversprechend: Die Biomasse, mit einem Anteil von 2 Terawattstunden (TWh) an der Stromerzeugung kein ganz unwesentlicher Bestandteil der heimischen Ausrichtung auf erneuerbare Energien, wurde zum politischen Spielball.

### ENERGIEPOLITIK INS ZENTRUM

Die Debatte um die Biomasse zeigt aber auch, wie wichtig Energiepolitik mittlerweile im Konzert der politisch dominierenden Themen geworden ist. Gehen in Frankreich die Gelbwesten wegen der deutlich gestiegenen Dieselpreise auf die Straße; gibt es Aufregung in Deutschland um die Beschlüsse der sogenannten Kohlekommission; so ist man in Österreich ein deutliches Stück weiter und auch sachorientierter.

Über Parteigrenzen hinweg unbestritten ist die Strategie, künftig noch stärker auf erneuerbare Energiequellen zu setzen, dabei aber eben auch nicht auf Regel- und Ausgleichsenergie zur Erhaltung der hierzulande extrem hohen Versorgungssicherheit (siehe Story ab S. 2) zu vergessen. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2030 100 Prozent des Gesamtstromverbrauchs aus erneuerbaren Energien (national bilanziell) zu bestreiten. Das ist, was den Ausbau-, Investitions- und Förderbedarf angeht, keine Kleinigkeit (s. Story S. 5).

Die Zeit drängt jedenfalls, will man die ambitionierten Ziele bis 2030 wirklich erreichen. 2019 wird so zum Jahr der Entscheidung: Bis zum Frühjahr soll ein Entwurf für das Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) stehen. Und im Herbst soll dieses für die Energiezukunft des Landes entscheidende Regelwerk auch im Parlament beschlossen werden.

Zentral wird dabei die Heranführung aller Technologien an den Wettbewerbsmarkt und die Übernahme von Systemverantwortung. Denn seit längerem ist der Strommarkt in Schieflage, ist an eine dringend notwendige Investitionspolitik auch schwer zu denken. Der schnellste und fairste Weg zur Diversität in den Erzeugungsmustern ist jedenfalls eine technologiespezifische Incentivierung. Diese würde zur Netz- und Systemstabilität beitragen.

### KLARE REGELN

Etabliert man dazu variable Marktprämien (die ab einer gewissen Leistung der Anlagen über Ausschreibungen zu vergeben wären) anstatt reiner Investitionsförderungen, erreicht man vielerlei: (1) Eine geringere Risikoabgeltung; (2) weniger einmalige budgetäre Belastungen; und (3) Anreize für einen effizienten und langfristigen Betrieb der Anlagen.

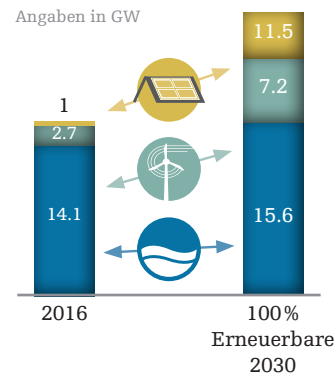
Klar ist jedenfalls, dass dieses EAG und seine Eckpfeiler die Basis für alle weiteren Schritte der Energiewende sind. Der Beginn der Dekarbonisierung der Sektoren Verkehr und Raumwärme ist ohne eine Neuregelung des Investitions- und Fördersystems bei den Erneuerbaren nicht vorstellbar.

### Mission possible

Ambitioniert, aber nicht unmöglich – bis 2030 müssen Wasserkraft, Wind und PV deutlich ausgebaut werden.

Installierte Leistung aus erneuerbarer Erzeugung\*

Angaben in GW



Quelle: Austrian Energy Agency 2018; eigene Schätzungen\* Die Betrachtungen fokussieren aufgrund der erwarteten Erzeugungspotenziale auf Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik.

### UNSERE POSITION

- Den raschen und effektiven Ausbau von Strom aus erneuerbaren Quellen garantieren
- Das EAG im Sinne der notwendigen Dekarbonisierung auch der Bereiche Verkehr und Raumwärme gestalten
- Ein faires Incentivierungssystem schaffen
- Marktprämien statt Einspeisetarife

## Massiv: Die Zahlen hinter der #mission2030

Österreichs Weg in Richtung 100 Prozent erneuerbar gestalteter Stromversorgung wird extreme Situationen bewältigen müssen. Das zeigt eine aktuelle Studie der TU Wien. Zu Grunde gelegt wurde den Berechnungen ein (aufgrund wachsender Nachfrage in Bereichen wie dem Verkehr oder der Raumwärme) steigender Strombedarf: 2018 waren das 72,4 Terawattstunden (TWh), für das Zieldatum 2030 wurde ein Bedarf von 88 TWh eingestellt.

Kombiniert man das mit dem Ziel, den Erneuerbaren-Anteil am Strommix auf 100 Prozent (national bilanziell) zu steigern, ist ein Zuwachs der erneuerbaren Stromproduktion von 52,6 TWh (2016) auf 81,1 TWh im Jahr 2030 notwendig. Das ergibt einen Netto-Zuwachs von rund 30 TWh für die Bereiche Wasserkraft, Windenergie und Photovoltaik. Realistisch ist aus Sicht von Experten ein Ausbau der Wasserkraft um 6 TWh, bei Windenergie und Photovoltaik sollten je 12 TWh möglich sein.

### INVESTIEREN UND FÖRDERN

Dieser überaus ambitionierte Ausbauplan zieht laut TU aber natürlich auch einen gesteigerten Investitionsbedarf nach sich. Umgelegt auf das beschriebene Szenario bräuchte es jährliche Investitionen von 2,6 Milliarden Euro in der kommenden Dekade. Ist das Nachfragewachstum um 5 TWh höher, steigt der Invest-Bedarf auf drei Milliarden Euro.

Zentral für die politische Argumentation der Energiewende ist freilich auch deren Akzeptanz in der Bevölkerung. Hat man in anderen Ländern wie Deutschland oder Frankreich zuletzt Protestbewegungen wegen teils deutlich gestiegener Energiepreise (etwa

beim Diesel) gesehen, gilt es das hierzulande selbstredend zu vermeiden.

Die TU Wien hat deshalb drei Varianten errechnet, wie sich der Förderbedarf den Ausbau der Erneuerbaren betreffend künftig darstellen könnte (siehe Grafik). Variante 1 geht von niedrigen Strompreisen, allerdings auch von einem jährlichen Förderbedarf von fast 1,3 Milliarden Euro aus. Variante 2 unterstellt einen sehr moderaten Preisanstieg, daneben aber auch einen deutlich geringeren Förderbedarf von über 900 Millionen Euro. In Variante 3 wurden deutlich gestiegene Strompreise kalkuliert, die dann natürlich auch den Förderbedarf deutlich auf mehr als 400 Millionen Euro sinken ließen.

Wenn 2030 das bilanzielle 100-Prozent-Ziel erreicht wird, wird Österreich im Sommer massive Stromüberschüsse aus Wind und PV haben, die man über Speicher, Wasserstoff-Produktion oder über Exporte ausgleichen muss. Für lokale Überschüsse muss man passende Ausgleichssysteme finden. Insbesondere in den kalten Wintermonaten wird man gegen zeitweise zu wenig Strom aus erneuerbaren Energien haben und wird auch weiterhin Gaskraftwerke einsetzen müssen.

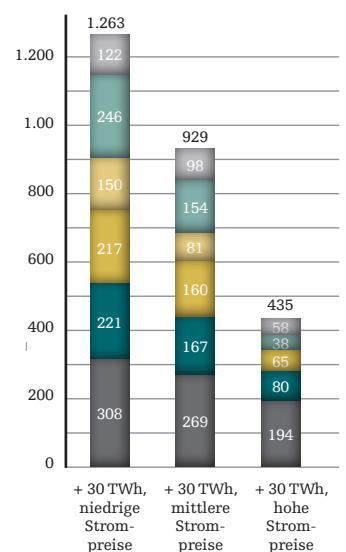
### UNSERE POSITION

- Klares politisches Commitment zum Ausbau der erneuerbaren Energien
- Incentivierung durch variable Marktprämien und technologiespezifische Ausschreibungen
- Bürokratieabbau und Modernisierung des Energierechts
- Leuchtturmprojekte als Vorreiter für Innovationen

### Drei Wege, ein Ziel

Der Förderbedarf für den Ausbau der erneuerbaren Energien hängt klar von der künftigen Preisgestaltung ab

Angaben in Millionen Euro



- Andere EE
- Feste Biomasse (Energiesektor, gefördert)
- Wind
- Dezentrale PV
- PV-Großanlagen (Freiflächenanlagen etc.)
- Wasserkraft
- Bestandsanlagen

Quellen: Oesterreichs Energie; TU Wien 2019

Weitere Informationen finden Sie unter <http://oesterreichsenergie.at>  
 > Positionen & Standpunkte  
 > Fahrplan 2030



## Der etwas andere KV: Das Lebenszeichen der Sozialpartner

In den vergangenen Monaten konnte man den Eindruck gewinnen, dass sich die österreichische Konsensdemokratie langsam, aber sicher in Richtung Konflikt bewegt: Den Anfang machten im Herbst 2018 überaus schwierige Verhandlungen betreffend den Kollektivvertrag (KV) der Metaller. Gleich danach folgten auch Warnstreiks bei der Bahn. Und im Februar dieses Jahres kam es schließlich zur Arbeitsniederlegung in der Sozialwirtschaft.

### E-WIRTSCHAFT IM KONSENS

In der E-Wirtschaft gelang es hingegen, die Sozialpartner-Verhandlungen anders aufzuladen. Mehr als das: Trotz der allgemein schwierigen atmosphärischen Gemengelage zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde bis zu Beginn des Jahres sogar ein richtungsweisender, neuer Kollektivvertrag erarbeitet. Die Vorgeschichte dazu reicht gut dreieinhalb Jahre zurück. Damals verständigten sich die Vertreter der Arbeitnehmer von der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) und der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA djp) mit den Vertretern der Branche darauf, künftig wieder mehr Arbeiter und Angestellte durch den allgemeinen Kollektivvertrag zu erfassen.

Genau das ist nach langwierigen, aber immer von gegenseitigem Respekt geprägten Gesprächen nun auch gelungen. „Der neue KV bietet die Chance für mehr Beschäftigung in einem zukunftssträchtigen Sektor“, sagt Leonhard Schitter, Präsident von Oesterreichs Energie. Der Kern des deutlich modernisierten Kollektivvertrags ist ein neues Lohn- und Gehaltssystem. Dabei gilt einerseits ein Verschlechterungsverbot für bestehende Arbeitsverhältnisse, daneben wird der Geltungsbereich des KV aber eben auch deutlich erweitert.

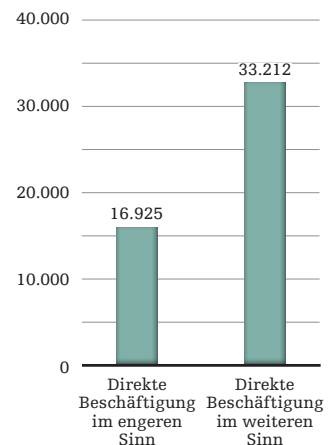
Vom neuen brancheneinheitlichen Regelwerk umfasst sind alle Sektoren der E-Wirtschaft, inklusive der neuen Felder im Bereich der erneuerbaren Energiequellen. Anstelle von bisher zehn Verwendungsgruppen bei den Angestellten und sechs Dienstgruppen bei den Arbeitern sind ab 1. Februar 2019 nun gesamthaft 15 Beschäftigungsgruppen vorgesehen, wobei die ersten acht gemeinsamen Gruppen für Arbeiter und Angestellte sind.

Auch wenn nun ein gemeinsames Regelwerk für bei Gruppen geschaffen wird, bleiben weiterhin beide Teilgewerkschaften, die PRO-GE und die GPA djp zuständig. Gemeinsam mit Vertretern der E-Wirtschaft werden die Arbeitnehmervertreter auch dafür verantwortlich sein, regelmäßige Überprüfungen der Umsetzung durchzuführen.

Neben dem zentralen Bereich des Lohn- und Gehaltssystems sind die Kollektivvertragspartner auch übereingekommen, klare Initiativen im Bildungsmanagement in den Betrieben zu setzen. Aufgrund der grundlegenden Veränderungen in der Branche will man mindestens einmal pro Jahr gemeinsam den nötigen Bildungs- und Entwicklungsbedarf im Unternehmen beraten.

### Die Strommacher

Beschäftigung in der E-Wirtschaft im engeren und weiteren Sinn



Quelle: Der ökonomische Fußabdruck der Elektrizitätswirtschaft, Economica-Institut 2018

### UNSERE POSITION

- Erweiterung des KV-Geltungsbereiches
- Konsens zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern für die Umsetzung der Energiewende nutzen
- Bildungsinitiativen als Chance für die Modernisierung der Branche sehen

## Termine

### **Trendforum: Speicher.Flexibilität.Versorgungssicherheit**

Im Zusammenhang mit dem Erneuerbaren Ausbau Gesetz und der Klima- und Energiestrategie #mission2030 wird es in den kommenden Jahren erforderlich sein, zunehmend Augenmerk auf Flexibilität und Speicher zu legen. Diese Themen stehen im Mittelpunkt des ersten Trendforums 2019.

**Datum:** 7. März 2019; 18.30 Uhr  
**Veranstaltungsort:** Wolke 19, Ares Tower, Donau-City-Straße 11, 1220 Wien  
**Anmeldung/Auskunft:** trendforum@oesterreichsenergie.at

### **Trendforum: EU-Wahl 2019**

Energiepolitik ist in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten Themen der Europäischen Union geworden und wird auch in der kommenden Legislaturperiode eine herausragende Rolle einnehmen. Im Rahmen des Trendforums diskutieren Spitzenvertreter der zur EU-Wahl antretenden Parteien Positionen zur Energiepolitik in Europa.

**Datum:** 25. April 2019; 18.30 Uhr  
**Veranstaltungsort:** Wolke 19, Ares Tower, Donau-City-Straße 11, 1220 Wien  
**Anmeldung/Auskunft:** trendforum@oesterreichsenergie.at

## Seminar

### **Österreichs E-Wirtschaft kompakt 2.0**

Lernen Sie bei diesem Seminar wirtschaftliche und technische Zusammenhänge der E-Wirtschaft kennen, und erfahren Sie mehr über die Hintergründe und die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Erzeugung, Netze, Handel & Vertrieb und Recht. Darüber hinaus erhalten Sie Einblicke in die energiewirtschaftlichen Mechanismen der EU und die wichtigsten technischen Regelwerke von Oesterreichs Energie. Eine Exkursion zur Austrian Power Grid Control rundet das Angebot ab.

**Datum:** 12. bis 13. März 2019  
**Veranstaltungsort:** Oesterreichs Energie, Brahmplatz 3, 1040 Wien  
**Anmeldung/Auskunft:** akademie@oesterreichsenergie.at

## Oesterreichs Energie

Oesterreichs Energie ist die Interessenvertretung der heimischen E-Wirtschaft. Der Präsident ist aktuell Salzburg AG-Vorstand Dr. Leonhard Schitter, M.A., Vize-Präsidenten sind Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber (Vorsitzender des Vorstandes, Verbund AG), KommR Prof. Ing. DDr. Werner Steinecker, MBA (Vorstandsvorsitzender, Energie AG Oberösterreich) und Mag. Stefan Szyszkowitz, MBA (Vorstandsdirektor, EVN AG).

Seit 1953 vertritt Oesterreichs Energie die Interessen ihrer Mitglieder in deren Tätigkeitsfeldern: Erzeugung, Netze und Handel & Vertrieb. Dabei arbeitet Oesterreichs Energie laufend mit nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträgern, Behörden und Körperschaften zusammen und vertritt die akkordierten Positionen der gesamten Branche. Derzeit repräsentiert Oesterreichs Energie rund 140 Unternehmen, die knapp 20.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, und schließt jährlich die Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte der Elektrizitätsunternehmen für das gesamte Bundesgebiet ab.

Die von Oesterreichs Energie vertretenen Mitglieder generieren mehr als 90 Prozent der gesamten österreichischen Stromerzeugung mit einer Engpassleistung von über

23.000 MW und einer Erzeugung von rund 65 TWh jährlich. Darüber hinaus werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen zirka 261.000 km Leitungen betrieben und ausgebaut.

Die Leistungen der E-Wirtschaft haben weitreichende Effekte über den Sektor hinaus: Jede investierte Milliarde Euro der E-Wirtschaft bewirkt ein Produktionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro in der gesamten heimischen Volkswirtschaft.

Pro investierter Milliarde Euro schafft beziehungsweise sichert die E-Wirtschaft 7.300 Arbeitsplätze und erhöht die Wertschöpfung in Österreich um zusätzliche 670 Millionen Euro.

---

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit gerne zur Verfügung.

Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt  
b.schmidt@oesterreichsenergie.at

Sie finden die Energiebriefe in elektronischer Form auch unter:  
<http://oesterreichsenergie.at/energiebrief.html>

Impressum  
Österreichs E-Wirtschaft  
Brahmsplatz 3, 1040 Wien  
Tel. +43 (0) 1 501 98 225  
Fax +43 (0) 1 501 98 900  
www.oesterreichsenergie.at



Präsident Dr. Leonhard Schitter und  
Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt